

Stellungnahme zum Haushalt der Stadt Winsen, Stadtratssitzung am 3.03.2022

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir alle hier im Rat haben uns in den vergangenen Wochen in vielen Sitzungen mit dem vorliegenden Haushalt befasst und es ist für die vielen anderen „Neuen“ innerhalb dieses Rates das erste Mal, dass wir so dezidiert in den Haushalt unserer Stadt geschaut haben. Dies ist nicht ganz einfach und so haben wir seitens unserer Fraktion etliche Fragen in den Fachausschüssen stellen müssen. Viele Sachverhalte konnten geklärt werden, einige Fragen sind geblieben. Geblieben ist aber vor allem das Gefühl von Widersprüchlichkeit.

Diese Widersprüche liegen durch die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine noch offener zutage. Während der Corona-Pandemie wurde immer die Metapher eines Brennglases verwendet. Um im Bild zu bleiben: Die politischen Ereignisse dieser Tage wirken wie ein mehrfaches Brennglas und legen unsere Abhängigkeiten und Versorgungsunsicherheiten geradezu explosiv offen. Die beiden Komponenten verhalten sich dabei proportional: Weniger Verbrauch gleich weniger Abhängigkeit.

Ein „Weiter so“ kann es für uns angesichts der Zukunftsherausforderungen nicht geben. Wir sind angetreten für ein lebens- und liebenswertes Winsen, das sich für uns schwerpunktmäßig in einer wissenschaftsbasierten Klima- und Bildungspolitik niederschlägt. Auf diese beiden Aspekte fokussieren sich daher die von uns eingebrachten Haushaltsanträge.

Gesellschaftlich gesehen befinden wir uns in der existentiellsten Krise der Menschheit, der Klimakrise mit ihren Auswirkungen, die uns allen inzwischen geläufig sind. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 stellt den Versuch dar, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2° im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen und sie möglichst bei 1,5° zu stoppen. Der am Montag veröffentlichte neueste Bericht des Weltklimarates sieht die Erreichung dieses Zieles eher pessimistisch.

Aber: Auch wenn die Klimakrise ein globales Problem ist, kann und muss lokal viel getan werden! Haushaltspolitik ist daher Klimapolitik – auch in einer Stadt wie Winsen. Und da möchte ich explizit noch einmal Ihren Äußerungen aus der vorletzten Ratssitzung widersprechen, Herr Höppner!

Die Klimaziele sind inzwischen durch Gesetze und vielerlei Regelungen konkretisiert worden. Das nds. Klimaschutzgesetz z.B. schreibt die Minderung der Gesamtemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent, bezogen auf die Gesamtemissionen im Vergleichsjahr 1990 vor. Das ist eine ambitionierte Aufgabe, vor allem, wenn man bedenkt, dass uns dafür noch knapp 8 Jahre bleiben. Wir hätten erwartet, im vorgelegten Haushalt, der ja sozusagen das im Einzelnen noch zu füllende Basiskonstrukt für alle umzusetzenden Maßnahmen darstellt, einen effektiven Schritt in diese Richtung vorzufinden.

Als vor zwei Wochen die Sturmserie über uns hinweg raste, war meine kleine Enkelin für ein paar Tage zu Besuch. Nach einer angstvoll unruhigen Nacht sagte sie am Morgen: „Oma, das möchte ich nie mehr in meinem Leben erleben!“ Es schmerzt zu wissen, dass sich dieser

Wunsch nicht erfüllen wird, ja dass im Gegenteil die Extremwetterereignisse an Intensität und Häufigkeit zunehmen werden.

Diese Sturmserie hat im Bundesgebiet innerhalb von drei Tagen einen Schaden von 1,6 Milliarden € verursacht. Das sind rund 20€ pro Einwohner innerhalb der BRD und demnach 720.000 € Schadenssumme bezogen auf die Einwohnerzahl Winsens – das Sturmereignis eines einzigen Wochenendes! Demgegenüber nimmt sich der Haushaltsansatz im Produkt-haushalt Umweltschutz geradezu deplaciert aus.

Es ist umso erstaunlicher, wenn man in den aktuellen Klimaschutzbericht für Winsen blickt. (Dieser stammt übrigens aus dem Jahr 2012.) Hier wird aufgezeigt, dass die Emissionen in Winsen sich auf die Sektoren wie folgt unterteilen: Verkehr (48%), Haushalte (27%), kommunale Liegenschaften (1%), Stadtwerke (2%), Industrie (15%), Landwirtschaft (7%).

Der Bericht führt aus: In Bezug auf den Energieverbrauch liegt der Verkehrssektor an erster Stelle. Priorität bei den angestrebten Maßnahmen zur CO₂-Reduktion im Stadtgebiet muss daher der Verkehrssektor haben. Das nächste Augenmerk sollte dann auf die privaten Haushalte und die Industrie gelegt werden.

Werden wir konkret und kommen zurück auf den Haushalt. Das umweltfreundlichste, absolut emissionsfreie Verkehrsmittel ist das Fahrrad. Radverkehrskonzepte für Winsen sind vorhanden, allerdings müssen wir feststellen, dass die geforderten Maßnahmen nicht umgesetzt werden konnten – und zwar aus Mangel an Personal! Mit unserem Antrag auf zweckgebundene Übertragung der finanziellen Restmittel aus dem vergangenen Jahr konnten wir immerhin erreichen, dass diese nun zusätzlich für den Radverkehr zur Verfügung stehen.

Neben der Attraktivitätssteigerung des Radverkehrs muss der ÖPNV verlässlich und benutzerfreundlich ausgebaut werden. Beiläufig und kurzfristig haben wir erfahren, dass das Angebot des Elbmobils in Laßrönne und Tönninghausen seit Januar aufgrund der mangelnden Bereitschaft der Stadt Winsen, sich an den Kosten zu beteiligen, eingestellt wurde. Die Kurzfristigkeit unseres Antrages hätte vermieden werden können, wenn diese Angelegenheit regulär im Fachausschuss beraten worden wäre. Klar ist, ein ÖPNV-Angebot muss attraktiv und beständig sein, um von den Bürger*innen angenommen zu werden.

Kommen wir zum zweiten Sektor, auf den laut Klimaschutzbericht das Augenmerk gelegt werden sollte: die privaten Haushalte. Diese stehen nun – nach den schrecklichen Ereignissen in der Ukraine – zusätzlich unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit im Fokus. Für eine schnelle Umsetzung von Sanierung und Klimaschutz im Gebäudesektor sind politische Maßnahmen nötig, die die Effizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien und nachhaltigen Baumaterialien fördern.

Auch dies eine ambitionierte Aufgabe! Sie setzt Sachkenntnis, Kommunikationsgeschick und die Nähe zu den lokalen Akteuren voraus, denn nur so werden wir die Eigentümer*innen vom Nutzen der Maßnahmen überzeugen können. Untersuchungen belegen, dass die Bürger*innen die Notwendigkeit einer Veränderung zwar spüren, aber den Weg zu konkreten Schritten oftmals als zu beschwerlich erleben. Hier braucht es konkrete Ansprechpersonen.

Aus diesem Grunde fordern wir die Stelle eines Quartiersmanagers im Hanseviertel. Ihrer Sorge, meine Damen und Herren von der CDU, dies könnte Begehrlichkeiten auch in anderen

Quartieren wecken, können wir nur entgegenhalten: Ja, das wäre doch prima! Dann kämen wir auch dort schneller voran! – zumal wir auf eine 75% -Förderung des Landes setzen können.

Aus dem Klimaschutzbericht geht übrigens hervor, dass die kommunalen Liegenschaften in Winsen nur mit 1% in der CO₂-Bilanz zu Buche schlagen. Diese sind offensichtlich gut versorgt und beinhalten kaum Einsparpotential im Bereich der Emissionen. Natürlich sind sie auch am leichtesten zu händeln. Alles andere bedarf der massiven Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit.

Öffentlichkeitsarbeit ist daher der Bereich, der im Bericht als absolut unabdingbar eingeworben wird. Hier muss viel mehr geschehen – so wie es mit der Broschüre, die anlässlich der Fortschreibung des Klimaschutzberichtes geplant wurde und die am Montag vorgestellt werden wird, auf Bürgerinitiative in Angriff genommen wurde. Nur reicht das noch lange nicht. Nachhaltigkeit muss durchgängige Leitidee und Haltung aller Verantwortlichen sein!

Dem Klimaschutz muss eine zentrale Rolle in allen Prozessen zukommen. Wir haben daher eine Vollzeitstelle zur Einführung eines kommunalen Energiemanagements gemäß den Aussagen des Klimaschutzgesetzes eingefordert. Dies hat auch den Vorteil, dass die nötige Arbeit im Team von mehreren Personen innerhalb der Verwaltung effektiver in Angriff genommen werden könnte.

Wir wissen, dass besonders Sie, Herr Ruschmeyer, sehr kritisch auf jede neue Stelle schauen. Sparsamkeit ist sicherlich eine Zier, aber nichts wert, wenn angesichts fehlenden Personals Aufgaben liegen bleiben und evtl. dann auch in Winsen zu einem Investitionsrückstand führen könnten (oder haben wir den nicht schon im Bereich Radwegeplanung?).

Auch klingt es angesichts dieser Tatsache höhnisch, wenn Winsen sich auf die Schulter klopft, weil „trotz eines leichten Anstiegs der Personalkosten die Stadt im Vergleich zu anderen nds. Kommunen der gleichen Größenklasse weiterhin unter dem Durchschnitt“ liegt, wie wir im Vorbericht zum Haushalt lesen können. Winsen investiert mit rund 300€ pro Einwohner*in genau die Hälfte vergleichbarer Kommunen.

Widersprüchlich zu dieser Politik der knappen Stellen empfinden wir es auch, dass die Stelle eines „Fördermittel-Einwerbers“ offensichtlich überhaupt keiner Diskussion bedarf. Auch das ist neu und erstaunlich für uns, dass Kommunen scheinbar immer und überall auf „Schnäppchenjagd“ gehen müssen, was dann mit knappen Bewilligungsfristen wiederum dazu führt, dass wir für die inhaltliche Ausgestaltung der Förderung kaum Zeit haben, wie wir ja im VA vor Augen geführt bekommen haben. Mir scheint, da läuft etwas falsch im Land. Aber immerhin: Im Zuge dessen werden wir uns also um Mittel aus dem Förderprogramm „resiliente Innenstadt“ bewerben.

Die Bewerbungsunterlagen dieser EU-Fördermittel klingen zukunftsweisend. Die Innenstädte sollen sich sozial, ökologisch und ökonomisch aufstellen. Entscheidend wird allerdings sein, alle Aspekte mindestens gleichwertig zu betrachten. Es kann nicht Leitlinie sein „Wie kriegen wir die Innenstadt nach der Pandemie wieder flott?“ Darum geht es schon lange nicht mehr, es geht um grüne, autofreie Innenstädte, Aufenthaltsqualität, Entsiegelung und

Klimafolgenanpassung. Pech nur, dass die Planung „Winsen 2030“ so ziemlich das Gegenteil davon in Angriff nimmt.

Aber lassen Sie uns nicht nur über eine resiliente Innenstadt sprechen, sondern lassen Sie uns überlegen, wie wir unsere Stadt insgesamt auf den Pfad der Resilienz bringen können. Und was braucht es, damit wir uns in der Außenwirkung als resilient darstellen können? Was können z.B. Schulen und Kitas unter dieser Zielvorgabe beisteuern?

Während für viele von Ihnen der Begriff der Resilienz evtl. neu war, kenne ich ihn aus der Pädagogik. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage nach den Faktoren, die Kinder befähigen, sich bestmöglich, z.T. auch bei ungünstigen Sozialisationsfaktoren zu entwickeln. Alle, die im pädagogischen Bereich tätig sind, wissen, dass dies Prozesse sind, die Kontinuität und Beziehung voraussetzen. An Kontinuität hat es zum Teil in den letzten beiden Pandemie-Jahren gefehlt.

Hier einmal ein großes Lob an den Haushalt: Er stellt finanziell die Voraussetzungen zur Verfügung, um auf die geänderten organisatorischen Notwendigkeiten unter Corona in den Schulen flexibel zu reagieren.

Sorge bereitet uns jedoch der kommende Herbst. Zu diesem Zeitpunkt werden nicht alle Schulen mit Raumluftechnischen Anlagen ausgestattet sein können. Was können wir als Verantwortliche in der Politik tun, um die Schulen und Kitas gut und sicher aufzustellen? Diese Frage treibt uns nicht erst seit kurzem um. Die Ausführungen von Prof. Dr. Kähler am vergangenen Montag veranlassten uns, kurzfristig noch den Antrag auf Anschaffung eines Pools an mobilen Luftfiltergeräten für all die Schulen zu stellen, die nicht über RTA verfügen.

Für die bestmögliche Bildung von Beginn an sind wir im Kommunalwahlkampf angetreten. Umso größer war unser Erschrecken über die unhaltbaren Zustände in der Kita Roydorf. Dieser Zustand hätte längst verändert werden müssen. Nun bleibt nur, die am schnellsten Entlastung liefernde Lösung voran zu bringen. Dies haben wir mit unserem Antrag auf den Weg gebracht, dem sich im VA die SPD und die Gruppe CDU/FDP in den ersten beiden Punkten anschließen konnte.

Inzwischen haben wir erfahren, dass weitere Container-Lösungen an anderen Standorten bestehen, die nicht den Anforderungen genügen. Insofern haben wir uns mit den anderen Fraktionen darauf verständigt, die Bedarfsanalyse nach Kita-Plätzen mit der Erhebung der Container-Zustände in ganz Winsen zu verknüpfen. Wir wollen hieraus noch in diesem Haushaltsjahr die entsprechenden Schlüsse ziehen und mit den Planungen für Alternativlösungen beginnen. Liebe Eltern, wir werden diesen Prozess aufmerksam verfolgen.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir Positives im Haushalt entdecken konnten, insgesamt steht er in großen Teilen für ein „Weiter so“. Dies erscheint uns angesichts der immensen Herausforderungen vor denen wir gesellschaftlich stehen und die sich durch die aktuellen politischen Geschehnisse täglich noch einmal zuspitzen, als völlig ungeeignet, die vor uns liegenden Probleme zu bewältigen.

Winsen hätte z.B. mit dem Bau des Naturbades echte Möglichkeiten, sich als nachhaltige Kommune zu präsentieren und zu vermarkten. Dies setzt jedoch ein Bekenntnis zur Resilienz gerade im ökologischen Sinne voraus, das sich in einer grundlegenden Haltung und einem

durchgängigen Gestaltungswillen der Verantwortlichen niederschlägt, die dieser Haushalt nicht atmet.

Wir haben uns in der Abwägung von Ausgaben klar vor Augen zu führen, was Pflichtaufgaben und was das „Sahnehäubchen“ obendrauf ist. Nach unserer Auffassung ist Klimaschutz, auch durch die Ausführungen des nds. Klimaschutzgesetzes Pflichtaufgabe ebenso wie die Ausgaben im Bildungsbereich. Hierauf basieren unsere Haushaltsanträge. Die von uns beantragten Stellen für ein KEM sowie ein Quartiersmanagement im Hanseviertel nehmen sich vergleichsweise marginal gegenüber den Maßnahmen aus, die die Wissenschaft und der Gesetzgeber von uns fordern. Ihre Verankerung im Stellenplan bildet unsere Messlatte für diesen Haushalt.

Wir sind der Meinung: **Es darf nicht nur um die Perspektive Innenstadt gehen – es geht um unsere gemeinsame Zukunftsperspektive, es geht um die Perspektive unserer Kinder und Jugendlichen!**

Margot Schäfer
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen